

## Niederschrift

### **über die in der 20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 13.11.2018 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Beschlüsse**

Beginn der öffentlichen Sitzung: 16:03 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung: 18:12 Uhr

#### anwesend sind:

Düllings, Paul	Issum
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Klinkhammer, Robert	Rees
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurd
Poell, Peter	Goch
Selders, Hannes	Wallfahrtsstadt Kevelaer
Eicker, Sigrid	Geldern
Friedmann, Peter	Rees
van Ooyen, Alfons	Weeze
Vopersal, Jörg (Vorsitzender)	Wallfahrtsstadt Kevelaer
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Sickelmann, Ute	Emmerich am Rhein
Kerkman, Arie	Goch
Habicht, Kai	Kerken
Derksen, Herbert	Kleve

#### entschuldigt sind

Preußner, Jürgen	Geldern
Heinricks, Michael (beratendes Mitglied)	Kerken
Wolters, Stephan	Geldern
von Elverfeldt, Max	Weeze

#### anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang  
Dr. Reynders, Hermann  
Hälker, Silke  
Bäumen, Thomas  
Hermsen, Ralf (als Schriftführer)

Zu Beginn der Sitzung begrüßt der Vorsitzende die Ausschussmitglieder, Herrn Krause vom Büro Linne und Krause, die Vertreter der Verwaltung, die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Er stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist. Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt sich kein Ausschussmitglied zu einem der Tagesordnungspunkte für befangen.

Herr Vopersal erklärt, dass Herr Krause von der Linne + Krause GmbH die Präsentation zu den Ergebnissen der Taxitarifanalyse vorstellen werde und man sich aus organisatorischen

Gründen einvernehmlich darauf geeinigt habe, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen. Der Tagesordnungspunkt 7 werde daher Tagesordnungspunkt 1.

### **Öffentliche Sitzung**

- |    |                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |           |
|----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. | <b>Entgeltliche oder geschäftsmäßige Personenbeförderung</b><br>Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über den Taxentarif für den Kreis Kleve                                                                                                                                                         | 934 /WP14 |
| 2. | <b>Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10 – Weeze</b><br>Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze (35. Flächennutzungsplanänderung ‚Feuerwehr Weeze Wemb‘)                                                                                                        | 927 /WP14 |
| 3. | <b>Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 – Geldern-Issum</b><br>Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern (26. Flächennutzungsplanänderung ‚Verschwenkung Stadtkerntangente‘)                                                                                      | 928 /WP14 |
| 4. | <b>Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 08 – Uedem</b><br>Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Uedem (34. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Uedem und Aufstellung des Bebauungsplans Uedem Nr. 10f ‚Gewerbegebiet Molkereistraße‘ im Parallelverfahren) | 929 /WP14 |
| 5. | <b>Kompensationsflächenkataster und Effizienzkontrollen</b><br>Sachstandsbericht<br>Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.10.2018                                                                                                                                                        | 931 /WP14 |
| 6. | <b>Studie zur Nitratbelastung des Grundwassers im Kreis Kleve</b><br>Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2018                                                                                                                                                                       | 935 /WP14 |
| 7. | <b>Schnellstmögliche Verbesserung und Ausbau der Bahnstrecke Geldern-Kleve grenzüberschreitend bis nach Nijmegen</b><br>Anträge der Kreistagsfraktion SPD vom 11.09.2018                                                                                                                                     | 937 /WP14 |
| 8. | <b>Mitteilungen</b><br>Umsetzung der neuen Reitregelung nach dem Landesnaturschutzgesetz                                                                                                                                                                                                                     | 933 /WP14 |
| 9. | <b>Anfragen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                              |           |

### **Nichtöffentliche Sitzung**

10. Mitteilungen
11. Anfragen

## Öffentliche Sitzung

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

934/WP14

### **Entgeltliche oder geschäftsmäßige Personenbeförderung**

Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über den Taxentarif für den Kreis Kleve

Herr Krause bedankt sich für die schnelle Entscheidung, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen. Anschließend erläutert er die Ergebnisse der Tarifanalyse anhand einer PowerPoint-Präsentation. Die vollständige Tarifanalyse ist der Vorlage zur heutigen Sitzung als Anlage beigelegt.

Im Anschluss an den Vortrag bedankt sich Herr Vopersal bei Herrn Krause. Herr Spreen stellt anschließend die Thematik nochmals aus Sicht der Verwaltung in einem Gesamttrahmen dar. In der Vergangenheit sei von Seiten der Taxiunternehmer ein Antrag auf Erhöhung des Taxitarifs vorgelegt worden, dessen Forderungen nicht nachvollziehbar gewesen seien. Da auch Nachfragen nicht zu belastbareren Ergebnissen führten, habe sich der Kreis Kleve entschieden, ein entsprechendes Gutachten erstellen zu lassen. Herr Spreen weist darauf hin, dass die Ergebnisse des Gutachtens nicht so behandelt werden sollten, als wären sie „zentimetergenau“ messbar. Es handele sich letztlich um eine politische Entscheidung, die auf der Grundlage einer fundierten Analyse zu treffen sei. Auf der einen Seite seien die Leistungserbringer zu berücksichtigen, die betriebswirtschaftlich arbeiten müssten, auf der anderen Seite stünden die Kunden, die möglichst wenig zahlen wollten. Vor dem Hintergrund dieses Spannungsverhältnisses habe der Gutachter als Maßstab für den Nachholbedarf den Mittelwert der Tarife in Nordrhein-Westfalen herangezogen. Sicherlich seien auch andere Wege denkbar, wie beispielsweise eine Orientierung am teuersten oder billigsten Tarif, jedoch halte die Verwaltung die vom Gutachter vorgeschlagene Lösung für überzeugend und habe sich diese deshalb zu eigen gemacht.

Herr Düllings bedankt sich im Namen seiner Fraktion bei dem Gutachter und bei der Verwaltung für die zur Verfügung gestellten Informationen. Bekanntermaßen bestehe Handlungsbedarf und es müsse eine schwerwiegende Entscheidung getroffen werden. Er halte es aber für sinnvoll, sich vor einer Beschlussfassung nochmals intensiv mit der Materie auseinanderzusetzen. Im Namen seiner Fraktion würde er es begrüßen, wenn heute keine Beschlussempfehlung ausgesprochen würde. Von einer Vertagung solle jedoch unbedingt abgesehen werden, damit der in der Vorlage dargestellte Zeitplan eingehalten werden könne. Es sei aber sinnvoll, sich innerhalb der Fraktionen nochmals mit den gelieferten Informationen in Ruhe auseinanderzusetzen zu können. Ein Beschluss sollte daher heute nicht gefasst werden.

Herr Friedmann erklärt, dass er den Vorschlag des Herrn Düllings unterstütze. Zu dem in der Analyse und im Vortrag dargestellten Nachholbedarf stellt er die Frage, wie dieser begründet werde. Nur aus einem niedrigen Tarif alleine ergebe sich noch kein Anpassungsbedarf; der Tarif würde im Vergleich zum Durchschnitt mit der Anhebung nach oben katapultiert. Man müsse sich daher noch intensiv mit der Frage auseinandersetzen, warum der Nachholbedarf 11 % betrage.

Herr Krause erläutert, dass man bei der Analyse „Anker“ finden müsse, um zu nachvollziehbaren Wertungen gelangen zu können. Vorliegend sei der Landesdurchschnittswert ein geeigneter Anker. Wenn man über die Landesgrenze hinausschaue, zeige sich außerdem, dass der NRW-Durchschnittswert im Vergleich zu den anderen Ländern besonders günstig sei. Somit handele sich insoweit sogar um einen länderübergreifenden Anker. Zudem sei dieser Bedarf auch aufgrund der mit dem Zoll bzw. der FKS (Finanzkontrolle Schwarzarbeit) geführten Gespräche deutlich geworden. Die Überprüfung von Taxiunternehmen am Niederrhein habe gezeigt, dass ein wirtschaftliches Arbeiten auf der Grundlage der geltenden Tarife nicht möglich sei. Auch die Entwicklungen innerhalb der Branche hätten zu neuen Erkennt-

nissen geführt. Es gebe grundsätzliche strukturelle Probleme, die zu einem „Wirtschaften im Graubereich“ geführt hätten. Es gelte nun, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, durch die die Branche in den „weißen Bereich“ zurückgeführt werden könne.

Herr Friedmann kritisiert bezüglich des letzten Punktes, dass es nicht nachvollziehbar sei, wenn der Bürger dafür zahlen müsse, illegales Handeln zu verhindern.

Herr Spreen merkt an, dass das Thema sicherlich lange diskutiert werden könne. Man solle sich vorliegend aber möglichst auf logische Überlegungen, d. h. auf den „gesunden Menschenverstand“ verlassen. Dementsprechend könne vor der politischen Entscheidung jeder für sich die erhaltenen Informationen nochmals werten. Herr Krause habe den Sachverhalt ausführlich dargestellt und bewertet. Auf dieser Grundlage sei eine Entscheidung möglich, ohne dass „geraten“ werden müsse.

Herr Palmén spricht die letzten Seiten der PowerPoint-Präsentation an. Die darauf dargestellten Grafiken würden im Gutachten fehlen.

Herr Krause bestätigt dies und ergänzt, dass diese in der Tarifanalyse nur inhaltlich wiedergegeben worden seien.

Herr Spreen erklärt, dass die heute vorgestellte Präsentation der Niederschrift als Anlage beigefügt werde.

Anschließend lässt der Ausschuss den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung zur weiteren Behandlung in den Folgegremien einstimmig passieren.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

927/WP14

**Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10 – Weeze**

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze (35. Flächennutzungsplanänderung ‚Feuerwehr Weeze Wemb‘)

---

Herr Dr. Reynders informiert den Ausschuss über das Ergebnis der Beratungen im Naturschutzbeirat. Dieser habe sich dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig angeschlossen.

Wortbeiträge folgen nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 10 Weeze an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze, sofern die im Umweltbericht beschriebenen Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen im weiteren Verfahren konkretisiert und umgesetzt werden.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

928/WP14

**Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 – Geldern-Issum**

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern (26. Flächennutzungsplanänderung ‚Verschwenkung Stadtkerntangente‘)

---

Herr Dr. Reynders informiert den Ausschuss über das einstimmige Ergebnis im Naturschutzbeirat.

Frau Sickelmann spricht die 2. Seite der grafischen Darstellungen an. Dort sei eine Allee dargestellt die beseitigt werden müsse.

Herr Dr. Reynders weist darauf hin, dass -wie auch der Vorlage zu entnehmen sei- die mit der Maßnahme verbundenen Eingriffe vollständig auszugleichen seien. (Hinweis der Verwaltung: Es handelt sich nicht um eine Allee sondern um eine Baumreihe.)

Herr Düllings teilt im Namen der CDU-Fraktion mit, dass die Verlegung ausdrücklich begrüßt werde. Mit relativ kleinen Eingriffen könne eine große Entlastung der Anwohner erreicht werden.

Frau Eicker erklärt, dass sie die Aussage des Herrn Düllings unterstreiche. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die B 58 in Zukunft auf die Tangente verlegt werden solle, sei die geplante Maßnahme sehr sinnvoll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 13 Geldern-Issum an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern, sofern der Artenschutz beachtet wird und die im Landespflegerischen Fachbeitrag dargestellten Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vollumfänglich berücksichtigt werden.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

929/WP14

**Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 08 – Uedem**

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Uedem (34. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Uedem und Aufstellung des Bebauungsplans Uedem Nr. 10f ‚Gewerbegebiet Molkereistraße‘ im Parallelverfahren)

---

Herr Dr. Reynders informiert den Ausschuss über das einstimmige Ergebnis im Naturschutzbeirat.

Wortbeiträge folgen nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die 34. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Uedem und die Aufstellung des Bebauungsplans Uedem Nr. 10f „Gewerbegebiet Molkereistraße“ im Parallelverfahren, vorbehaltlich der vollständigen Prüfung der Auswirkungen des Vorhabens hinsichtlich des Arten-, Na-

tur und Landschaftsschutzes sowie der Berücksichtigung der im weiteren Planungsverlauf festgelegten Vorgaben bezüglich Artenschutz, Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

931/WP14

### **Kompensationsflächenkataster und Effizienzkontrollen**

Sachstandsbericht

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.10.2018

---

Frau Sickelmann bedankt sich im Namen der antragstellenden Fraktion für die mit der Vorlage gelieferte ausführliche Darstellung. Sie bemängelt aber, dass sich daraus nur schwer ein Gesamtbild ableiten lasse. Beispielsweise würde nicht gesagt, wie viel Prozent der Flächen überprüft, wie viele der überprüften Flächen beanstandet und welche Maßnahmen ausgeführt worden seien. Auch sei nicht dargestellt worden, ob eine weitergehende Überprüfung beanstandeter Flächen stattfinde.

Herr Dr. Reynders antwortet, dass hinsichtlich der angesprochenen Prozentangaben sicherlich eine transparentere Darstellung möglich sei. Es müsse aber berücksichtigt werden, dass es sich bei den Effizienzkontrollen aus arbeitsökonomischen Gründen ganz bewusst nur um Stichproben handele. Die Ergebnisse dieser Kontrollen führten dennoch zu Schlussfolgerungen, die ein Nachjustieren ermöglichten. So sei insgesamt eine positive Entwicklung feststellbar. Negative Feststellungen in einem Ausmaß, wie es noch im Jahr 2010 der Fall gewesen sei, kämen heute nicht mehr vor. Aktuell anzusprechen seien die neuen Problemstellungen beim Kiebitzschutz, die seit 2017 vermehrt aufträten. Aber auch hier gelte der Grundsatz „learning by doing“. So sei seit den 1980er Jahren, das heißt den Anfangsjahren der Eingriffsregelung, das Selbstverständnis im Hinblick auf den Natur und Landschaftsschutz gewachsen. Heute wisse jeder, dass Eingriffe kompensiert werden müssten. Dies bedeute nicht, dass keine Mängel mehr festgestellt würden. Entsprechende Beanstandungen würden auch nachkontrolliert und bei Bedarf müssten auch ordnungsbehördliche Instrumente zum Einsatz kommen. Vor diesem Hintergrund sei davon auszugehen, dass auch bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Kiebitzschutz weitere Verbesserungen zu verzeichnen sein werden.

Herr Düllings bedankt sich bei der Verwaltung für die ausgearbeitete Vorlage und die damit verbundene Fleißarbeit. Hervorzuheben sei, dass es sich um 280 Kompensationsflächen, 186 Poolflächen und 75 Einzelflächen handele, deren Aufaddierung deutlich mache, von welcher beachtlicher Größenordnung man spreche. Diese Flächen würden immer mal wieder kontrolliert, die Ergebnisse der Prüfungen diskutiert und entsprechend Konsequenzen gezogen. Herr Düllings begrüßt besonders den letzten Satz in dem es heißt, der Ausschuss werde weiterhin über die Ergebnisse der Kontrollen informiert. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung diese Zusage einhalten werde.

Herr Friedmann erklärt, dass er ebenfalls den umfangreichen Bericht der Verwaltung begrüße. Mit Hinweis auf den 3. Absatz der Seite 3 wolle er stellvertretend für die Deichverbände darauf aufmerksam machen, dass beim Schutz des Bibers gerade im Deichhinterland auch die Belange der Deichverbände berücksichtigt werden müssten.

Frau Eicker bittet um Auskunft, was genau mit der Anlage von Blänken gemeint sei.

Herr Dr. Reynders antwortet, dass es sich hierbei um Flachwasserflächen handele, die zeitweilig trockenfallen könnten. Blänken leisten einen sinnvollen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge mehr folgen, bedankt sich der Vorsitzende bei der Verwaltung für den Bericht. Auch er gehe davon aus, dass der Ausschuss weiterhin regelmäßig über das Thema informiert werde.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

935/WP14

### **Studie zur Nitratbelastung des Grundwassers im Kreis Kleve**

**Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2018**

---

Frau Sickelmann teilt im Namen der antragstellenden Fraktion mit, dass sie mit dem Beschlussvorschlag selbstverständlich nicht einverstanden sei. Anstoß des Antrags sei die vom Kreis Viersen für sein Kreisgebiet in Auftrag gegebene Studie zur umfassenden Darstellung der Thematik mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen und politische Initiativen daraus ableiten zu können. Auch der Kreis Kleve benötige solche Initiativen. Mit der Vorlage werde jedoch der Eindruck erweckt, es gebe keine Probleme. Analysen des Vereins für Gewässerschutz hätten ergeben, dass 40 bis 50 % der Hausbrunnen im Nordkreis den Nitrat-Grenzwert für Trinkwasser um das Drei- bis Vierfache übersteigen. In der Vergangenheit seien die Wasserwerke Wachtendonk, Pfalzdorf und Elten aufgrund zu hoher Nitrat-Werte geschlossen worden. Nach der Bewertung der über ELWAS-WEB abrufbaren Daten durch das Landesumweltamt sei der Zustand des Grundwassers im Kreis Kleve flächendeckend schlecht. Die Zielerreichung eines guten Zustandes bis 2021 schätze das Landesumweltamt daher als nicht realisierbar ein.

Herr Düllings spricht die der Vorlage zu entnehmenden Zuständigkeiten an. Das Landesumweltamt habe Messstellen eingerichtet und kontrolliere diese auch. Aus den grafisch dargestellten Zeitreihen sei ein positiver Trend ablesbar. Da schon externe Stellen entsprechende Untersuchungen durchführten, erschließe sich der Sinn einer zusätzlichen Studie nicht. Daher sei es richtig, den Antrag abzulehnen. Herr Düllings kritisiert den vorherigen Wortbeitrag, nach dem das Wasser im Kreis Kleve flächendeckend als schlecht bezeichnet worden sei. Dabei handele es sich um eine Fehlinformation. Die Quelle dieser Information sei nicht nachvollziehbar. Jeder Trinkwasserversorger im Kreis Kleve halte die geforderten Werte ein. Es werde suggeriert, dass es im Kreis Kleve kein gutes Trinkwasser gebe.

Frau Sickelmann erwidert, dass ihre Aussage verdreht wiedergegeben werde. Fakt sei, dass der chemische Zustand des Grundwassers -nicht des Trinkwassers- aufgrund der hohen Nitrat-Werte flächendeckend mit schlecht beurteilt und das Ziel eines guten Zustands bis 2021 als nicht realisierbar eingeschätzt werde. Den entsprechenden Link zur Quelle werde sie weitergeben.

Frau Eicker teilt mit, dass auch die SPD-Kreistagsfraktion den Antrag ablehnen werde. Sie halte eine Studie für nicht erforderlich zumal der Kreises Kleve auch nicht zuständig sei und das LANUV Untersuchungen durchführe. Ferner würden Kooperationen zu Verbesserungen beitragen. Weitere Maßnahmen seien richtig, nicht jedoch eine Studie.

Herr Dr. Prior erläutert, dass es auf die perspektivische Betrachtung ankomme. Herauszufinden sei, was man tun könne, um Verbesserungen zu erreichen. Die Einhaltung eines Grenzwertes bedeute noch nicht, gut zu sein. Bezüglich der Trinkwasserqualität könne als Vergleich die Schulnote 4 herangezogen werden. Ein Schüler sollte dann überlegen was er tun könnte, um besser zu werden. Vor dem historischen Horizont betrachtet, könne aus den aktuellen Werten allenfalls eine Stagnation abgeleitet werden. Eine Entwicklung habe es vielleicht vor 10 Jahren gegeben und man müsse versuchen, wieder daran anzuknüpfen. Die derzeitigen Werte seien zwar okay, aber es sei zu bedenken, dass beim Erreichen von  $\frac{3}{4}$  eines Grenzwertes Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssten. Hiervon sei man nicht mehr weit entfernt. Ferner müsse man hinterfragen, um was für einen Grenzwert es sich handele. Der Wert sei so gewählt worden, dass für einen gesunden Menschen -auch Klein-

kinder- keine Lebensgefahr bestehe. Eine im Frühjahr veröffentlichte dänische Studie mit 2 Millionen Teilnehmern habe ergeben, dass die Darmkrebsrate in Gebieten mit höheren Nitratgehalten im Trinkwasser um 16 % höher sei als in Gebieten mit niedrigen Nitratgehalten. Da Darmkrebserkrankungen relativ häufig seien, könne daraus für den Kreis Kleve eine Zahl von sicherlich einigen Hundert Fällen abgeleitet werden. Nach der Studie stelle bereits ein Nitratgehalt von 4 mg/l ein statistisch erhöhtes Risiko dar. Dies zeige, dass das Problem ernst genommen werden müsse. Es könne erwartet werden, dass der Grenzwert herabgesetzt werde. Daher sollte man sich bereits jetzt Gedanken über mögliche Gegenmaßnahmen machen.

Herr Friedmann erklärt, dass er es für bedenklich halte, Darmkrebs mit dem Trinkwasser in Verbindung zu bringen. Er sei stellvertretender Vorsitzender der Verbandsversammlung der Wasserwerke Wittenhorst und überzeugt von der guten Trinkwasserqualität. Ein Lebensmittel als Ursache für Krankheiten verantwortlich zu machen, sei bedenklich.

Herr Palmen merkt an, dass Frau Sickelmann in ihrem Wortbeitrag nur das Thema Grundwasser angesprochen habe, nach dem Beschlussvorschlag der antragstellenden Fraktion aber die Grundwasserkörper und Trinkwassergewinnungen angesprochen würden. Die Zuständigkeit hinsichtlich der Trinkwasserversorgung liege bei den Städten und Gemeinden. Gülleausbringungen würden von der Landwirtschaftskammer überwacht. Aufgrund fehlender eigener Zuständigkeiten könne der Kreis allenfalls nur Anregungen geben.

Herr Dr. Prior entgegnet, dass das Thema Gülle -wie auch schon in der Vergangenheit- weiterhin regelmäßig angesprochen werde und es selbstverständlich Stellen gebe, an denen der Kreis bei diesen Themenbereichen ansetzen könne.

Herr Düllings ist der Auffassung, dass das Thema offenbar schon mit Blick auf die nächsten Wahlen aus strategischen Gründen aufgegriffen worden sei. Anstatt sachlich zu diskutieren würden verschiedene Bereiche vermischt und Unwahrheiten verbreitet.

Herr Dr. Prior erwidert, dass er die von ihm zitierte Arbeit nicht selber geschrieben habe und sie seinen Vorrednern per Mail übermitteln werde. Er erwarte die bereits angesprochenen Konsequenzen und halte daher frühzeitige Maßnahmen zur Verbesserung der Grundwasserqualität für dringend geboten.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Herr Spreen weist darauf hin, dass der Antrag erstmalig behandelt werde und daher über den von der antragstellenden Fraktion unterbreiteten Beschlussvorschlag zu entscheiden sei. In der folgenden Abstimmung erhält der Antrag 3 Zustimmungen und 14 Ablehnungen.

#### Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2018 wird abgelehnt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

937/WP14

#### **Schnellstmögliche Verbesserung und Ausbau der Bahnstrecke Geldern-Kleve grenzüberschreitend bis nach Nijmegen**

Anträge der Kreistagsfraktion SPD vom 11.09.2018

---

Der Vorsitzende weist auf die ergänzende Tischvorlage zur aktuellen Entwicklung über die Reaktivierung der Bahnstrecke Kleve-Nijmegen hin.

Frau Eicker erläutert im Namen der antragstellenden Fraktion die Antragspunkte. Vor dem Hintergrund der neuen Informationen zur Schienenverbindung zwischen Kleve und Nimwe-



gen werde der Punkt 4 zurückgezogen. Zu Punkt 1 könnten vor einer Entscheidung die Ergebnisse der in Kürze anstehenden Gespräche des Landrats mit den verantwortlichen Vertretern der DB, der Nordwestbahn und dem VRR abgewartet werden. Noch vor Karneval werde diesbezüglich ein Bericht über mögliche Verbesserungen erwartet. Zu den Punkten 2 und 3 gebe es bereits Beschlüsse, beispielsweise zur 2-Gleisigkeit von Teilstrecken. Hier müsse signalisiert werden, dass der Kreistag die kurzfristige Umsetzung der beim VRR schon angedachten Maßnahmen erwarte.

Herr Spreen weist darauf hin, dass aufgrund der Systematik der bis zum Kreistag durchlaufenden Vorlage der weitere Umgang mit dem Tagesordnungspunkt zu klären sei. Anschließend berichtet er mit Hinweis auf die ausgelegte Ergänzungsvorlage über die Frage der Reaktivierung der Schienenverbindung zwischen Kleve und Nimwegen. Diese sei nun endgültig gestorben. In den nichtöffentlichen Sitzungen habe er regelmäßig über die Gespräche mit dem VRR und den niederländischen Provinzen unter Moderation von Herrn Kamps, Euregio Rhein-Waal, berichtet. Noch im Jahr 2017 sei man auf einem guten Weg gewesen. In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich Herr Husmann vom VRR zu loben, der signalisiert habe, dass das Vorhaben realisierbar sei, wenn die niederländische Seite mitmache. Mit dem Gespräch am 11.10.2018 habe sich die Situation aber grundlegend geändert. Die Gemeinde Berg en Dal habe erklärt, dass es seit dem Frühjahr einen Koalitionsvertrag gebe, der eine Reaktivierung ausschließe. Stattdessen wolle man die Busverbindung stärken. Diese Haltung sei mit der Stadt Nimwegen abgestimmt, die zum Gespräch nicht mehr erschienen sei. Es sei nicht zu erwarten, dass sich die Provinz Gelderland über die kommunalen Körperschaften hinwegsetzen werde. Da zumindest in dieser Wahlperiode keine weiteren Gespräche mehr gewünscht seien, habe sich der Arbeitsauftrag erledigt. Es sei vereinbart worden, die politischen Gremien erst dann über diesen Sachverhalt zu informieren, wenn eine Woche nach dem Versenden des Protokolls keine Einwände erhoben worden seien. Diese Frist sei am vergangenen Freitag um 24 Uhr abgelaufen. Aus diesem Grunde konnte die Tischvorlage erst gestern ausgearbeitet werden. Herr Spreen erklärt abschließend, dass Herrn Kamps von der Euregio Rhein-Waal ein besonderer Dank gebühre. Die Euregio Rhein-Waal sei sehr an der Realisierung des Vorhabens interessiert gewesen. Herr Kamps habe nicht nur dazu beigetragen, sprachlichen Barrieren zu überwinden sondern stets auch die organisatorischen Rahmenbedingungen für einen reibungslosen und guten Ablauf der Gespräche geschaffen.

Zu den mit den weiteren Punkten des Antrags geforderten Maßnahmen stellt Herr Spreen einleitend fest, dass keine Zuständigkeit des Kreises gegeben sei. Diese läge beim VRR und NVN. Zudem gebe es bereits laufend Gespräche und Prüfungen. Außerdem habe sich aus einem am heutigen Tag mit den Beteiligten geführten Gespräch eine ganz neue Dimension des Problems eröffnet. So habe es im Zeitraum zwischen Januar und Oktober dieses Jahres 14.518 Verspätungen gegeben, die ausschließlich auf infrastrukturelle Mängel am veralteten Bahnnetz zurückzuführen seien. Für die Zielstellung des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion bedeute diese desaströse Zahl, dass keine kurzfristige Lösung des Problems möglich sei. Auch den Fahrgästen sollte vermittelt werden, dass allenfalls langfristig bzw. höchstens mittelfristig mit spürbaren Verbesserungen gerechnet werden könne. In dieser Situation helfe es nichts, den VRR anzuschreiben und Forderungen zu stellen. Herr Spreen betont, dass man glücklich sein könne, dem VRR anzugehören. Alleine könne der Kreis Kleve nichts bewirken. Für den VRR seien die Probleme nichts Neues und er werde entsprechend handeln.

Herr Friedmann bedankt sich für die Erklärungen und merkt zu den Punkten 2 und 3 des Antrags an, dass vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse ggf. eine Überarbeitung der Formulierungen zur Zweigleisigkeit und zum Einsatz von Brennstoffzellenzügen erfolgen werde. Er merkt an, dass es zu Zeiten der „Behördenbahn“ keine vergleichbar schlechten Zahlen gegeben habe. Es handele sich zwar um eine alte Strecke, jedoch werde die Stellwerkstechnik regelmäßig gewartet. Da der Bahnverkehr bis zur Privatisierung im Jahr 1994 einigermaßen funktioniert habe, müsse es für die Verspätungen auch noch andere Gründe geben.

Herr Spreen merkt an, dass man so gerecht sein sollte, die heute erstmals bekannt gewordene Größenordnung des Problems angemessen zu berücksichtigen. Dabei handele es sich bei den genannten Zahlen „nur“ um Verspätungen durch infrastrukturelle Probleme. Zugausfälle seien hierbei noch gar nicht berücksichtigt.

Frau Eicker bestätigt, dass es sich tatsächlich um eine erstaunliche Zahl handele, zumal eine Fahrt erst ab einem Überschreiten von 2 oder 3 Minuten als verspätet gelte. Sie selber nutze den Zug sehr oft und meistens funktioniere dies auch. Bei auftretenden Problemen gebe es aber meist keine zufriedenstellende Lösung.

Herr Spreen schlägt vor, dass man heute nichts entscheiden solle. Er weist auf den bereits vor 2 bis 3 Jahren gefassten Beschluss zur Elektrifizierung und auf die fehlende Zuständigkeit hin. Der Kreis Kleve werde weiterhin alles machen, was möglich sei, um den VRR zu unterstützen.

Herr Dr. Prior merkt an, dass er zwar grundsätzlich ein Befürworter von Willenserklärungen sei, aber es aufgrund der gegebenen Sachlage begrüßen würde, heute nicht abstimmen zu müssen. Zunächst solle geprüft werden, was vom ursprünglichen Antragsgegenstand übrig geblieben sei.

Herr Düllings schließt sich dieser Meinung an. Auch er würde es begrüßen, wenn der Antrag ggf. nachgearbeitet würde. Aufgrund der neuen Erkenntnisse müsse überlegt werden, welche Punkte sich erledigt haben dürften und wo noch Handlungsbedarf bestehe. Eine Abstimmung sei derzeit nicht zielführend.

Nachfolgend wird diskutiert, wie mit dem Antrag weiter umgegangen werden sollte. Ergebnis: Der Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung lässt den Tagesordnungspunkt passieren. Die SPD-Kreistagsfraktion wird den Antrag für die Behandlung in den Folgegremien ggf. modifizieren.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Mitteilungen**

---

- Umsetzung der neuen Reitregelung nach dem Landesnaturschutzgesetz, Vorlage 933/WP14

Herr Dr. Reynders teilt mit, dass die Verwaltung aufgrund der damaligen Diskussionen zugesagt habe, in der Zeit nach dem Inkrafttreten der neuen Reitregelung zu beobachten, ob sich ein Anpassungsbedarf ergebe. Ein solcher Bedarf sei bislang nicht zu erkennen. Es werde aber weiterhin beobachtet und in einem Jahr nochmals berichtet.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Anfragen**

---

Herr Klinkhammer hält es für erforderlich, dass das Thema „Wolf im Kreis Kleve“ im Ausschuss zu behandeln. In Rees verbreite der Wolf bereits jetzt Angst und bei einem stärkeren Wolfsaufkommen sei eine Weidehaltung von Rindern und Schafen nicht mehr möglich. Wenn eine Beweidung der Deiche nicht mehr möglich sei, ergäben sich hieraus gravierende Änderungen. In Hünxe seien in einer Nacht 2 Herden ausgebrochen. Glücklicherweise sei nichts passiert, jedoch könne eine Viehherde auch unkontrolliert auf Straßen laufen und unabsehbaren Schaden anrichten. Es werde daher Zeit, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Herr Dr. Reynders antwortet, dass die Frage der Behandlung des Themas im Fachausschuss geprüft werde. Auch Fragen des Tierschutzes würden berührt. Ggf. könne eine Berichterstattung in der nächsten Fachausschusssitzung unter dem Punkt „Mitteilungen“ erfolgen.

Herr Klinkhammer merkt an, dass er es nicht für richtig halte, wenn aus tierschutzrechtlichen Erwägungen der Wolf als wild lebendes Tier im Vergleich zu den Haustieren einen besseren Schutz erfahre.

Herr Dr. Reynders antwortet, dass der von ihm angesprochene Tierschutz selbstverständlich auch für Haustiere gelte. Andernfalls hätte er den Begriff „Artenschutz“ gewählt.

Herr Kerkmann bedankt sich für das Antwortschreiben zu seiner in der letzten Sitzung gestellten Anfrage. Er bittet um Auskunft, ob der geplante Fahrplanwechsel bereits genehmigt worden sei.

Frau Hälker teilt mit, dass dies der Fall sei und eine konkrete Antwort mit der Niederschrift erfolge. (Ergänzende Antwort der Verwaltung: Nach Auskunft der NIAG werden die beantragten Anpassungen der SB 58 zum 09.12.2018 umgesetzt. Das Genehmigungsverfahren bei der Bezirksregierung sei erfolgreich abgeschlossen. Die NIAG wird die Kommunen und den Kreis kurzfristig mit Informationsmaterialien zur Fahrplananpassung ausstatten.)

Herr Friedmann äußert seine Zustimmung zu den Ausführungen des Herrn Klinkhammer bezüglich des Wolfes. Er habe zu diesem Thema auch schon Gespräche mit dem Deichverband geführt. Keine Beweidung der Deiche bedeute, dass mechanisch gemäht werden müsse. Aufgrund des damit verbundenen Aufwandes sei die Frage der Gebührenumlage neu zu prüfen. Wenn ein Wolf im Bluttausch töte, sei er nicht mehr aufzuhalten. Von der Wolfsproblematik sei Rees besonders betroffen. Eine Ausweisung als Wolfsgebiet sei erforderlich, um Landesmittel für Schutzmaßnahmen zu erhalten.

Frau Eicker spricht die Anbindung der Buslinie Rheurdt-Aldekerk an die Bahnlinie an. Aus Rheurdt habe sie die Information erhalten, dass die NIAG Pläne bezüglich einer Schnellbuslinie habe. Die Verhandlungen hätten begonnen aber der Kreis Kleve habe noch keine Freigabe erteilt.

Frau Hälker teilt mit, dass der Kreis Kleve zunächst verpflichtet sei, mit 3 Kommunen zu sprechen und einen Konsens herzustellen. (Ergänzende Antwort der Verwaltung: Über die Planungen einer Schnellbuslinie 70 (Aldekerk - Rheurdt - Kamp-Lintfort) wurde der Kreis Kleve erst am 07.11.2018 durch die NIAG in Kenntnis gesetzt. Auf Nachfrage teilte die NIAG mit, dass die Prüfung Bestandteil des Nahverkehrsplanes für den Kreis Wesel sei und ursprünglich bereits im 12/2018 aufgenommen werden sollte. Aktuell sei die Planung für Sommer 2019 vorgesehen, da die erforderlichen Abstimmungen der Kreise Wesel und Kleve noch nicht vorliegen. Hier sollen in Kürze entsprechende Gespräche aufgenommen werden.)

Herr Palmen bezieht sich auf die Ausführungen der Herren Klinkhammer und Friedmann zum Thema „Wolf“. Er teilt mit, dass der Landrat das Umweltministerium bezüglich einer Veränderung des Wolfsgebiets angeschrieben habe. Morgen werde es in Hünxe eine Bürgerversammlung geben. Auch werde eine Initiative in den Bundesrat eingebracht mit dem Ziel Wölfe aus der Natur „entnehmen“ zu dürfen, was nichts anderes heiße als Wölfe töten zu dürfen. Da der Wolf unkontrolliert töte und auch nicht an den Niederrhein gehöre, gebe es aus seiner Sicht keine andere Lösung.

Nachdem keine weiteren Anfragen zum öffentlichen Teil vorgetragen werden, stellt der Vorsitzende die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her. Da es weder Mitteilungen noch Anfragen zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung gibt, schließt der Vorsitzende um 18.12 Uhr die Sitzung.

---

gez. Hermsen  
(Schriftführer)

---

gez. Vopersal  
(Vorsitzender)